



Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung Bottmingen vom 19. Oktober 2020, 20.00 Uhr, Aula Schulhaus Burggarten

Traktanden

- 1 Protokoll
- 2 Rechnungsabschluss der Einwohnergemeinde 2019
- 3 Bericht der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2019
- 4 Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999:
 - 4.1. Optimierung des Einladungsverfahrens für die Gemeindeversammlung;
 - 4.2. Anpassung der beratenden Kommissionen; Aufhebung der Natur- und Umweltschutzkommission in der ursprünglichen Form.
5. Versorgungsregion Betreuung, Pflege, Alter Leimental: Genehmigung des Vertrags zur Schaffung einer gemeinsamen Versorgungsregion für die Betreuung, die Pflege und das Alter in der Region Leimental (Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Therwil)
- 6 Diverses

Gemeindepräsidentin Mélanie Krapp (Vorsitz) begrüsst die Anwesenden zur heutigen ersten Gemeindeversammlung in diesem Jahr und dankt fürs Erscheinen trotz Maskenpflicht. Es sind keine Pressevertreter anwesend. Die nicht stimmberechtigten Teilnehmenden werden gebeten, im vorderen Gäste-Bereich Platz zu nehmen. Weiter weist sie auf die Covid-Massnahmen (Maskenpflicht, Hygiene- und Abstandsvorschriften) hin und bittet die Anwesenden, die Versammlung nach deren Schluss vorne links zu verlassen, das Contact-Tracing-Formular auf jedem Platz auszufüllen und beim Ausgang abzugeben.

Das Protokoll wird wie üblich ab Tonband erstellt: Die Sprecher werden gebeten, das Mikrofon am Rednerpult zu benutzen. Der (Hygiene-)Überzug des Mikrofons wird regelmässig gewechselt. Als Stimmenzähler werden *Carmen Neuhaus* (Sektor Gartenbad, ohne Gäste), *Ursula Nüesch* (Sektor Mitte, zwischen den Säulen) und *Hanspeter Weibel* (Sektor Schlossgasse, inkl. Gemeinderatstisch) von der Versammlung stillschweigend gewählt. Verspäten werden sich *Ernst Bringold*, *Gemeinderat* und *Balz Stähelin*, *Gemeindekommission*. Die Versammlungseinladung wurde rechtzeitig im BiBo veröffentlicht.

Das **Geschäftsverzeichnis** wird ohne Änderungen von den Anwesenden genehmigt:

Traktanden

- 1 Protokoll
- 2 Rechnungsabschluss der Einwohnergemeinde 2019
- 3 Bericht der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2019
- 4 Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999:
 - 4.1. Optimierung des Einladungsverfahrens für die Gemeindeversammlung;
 - 4.2. Anpassung der beratenden Kommissionen; Aufhebung der Natur- und Umweltschutzkommission in der ursprünglichen Form.
5. Versorgungsregion Betreuung, Pflege, Alter Leimental: Genehmigung des Vertrags zur Schaffung einer gemeinsamen Versorgungsregion für die Betreuung, die Pflege und das Alter in der Region Leimental (Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Therwil)
- 6 Diverses

1. Protokoll

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2019 wurde auf der Webseite der Gemeinde Bottmingen publiziert, lag zudem während den Öffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung und eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn in der Aula öffentlich zur Einsichtnahme auf. Es gibt aus der Versammlungsmitte keine Wortmeldungen dazu.



Beschluss:

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2019 wird einstimmig genehmigt und der Verwaltung verdankt.

2. Rechnungsabschluss der Einwohnergemeinde 2019

Die **Vorsitzende** erläutert das Traktandum ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation. *Die Rechnung 2019 weist einen höheren Aufwandüberschuss aus, der jedoch aufgrund der Neubewertung des Finanzvermögens kompensiert werde, sodass gesamthaft ein Aufwandüberschuss resultiere, der unter dem budgetierten Ergebnis liege. Der Aufwand präsentiere sich praktisch unverändert. Aufgrund des Abgangs einer sehr vermögenden Person seien die Steuereinnahmen markant zurückgegangen.* In Bezug auf die detaillierten Angaben wird auf die Ausführungen in der Einladung zur Gemeindeversammlung sowie auf die Präsentation verwiesen.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Jean-Daniel Keller**, Sprecher der **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FRPK)**: Für die Prüfung der Jahresrechnung 2019 habe man von der Verwaltung tadellose Unterlagen erhalten. Die Fragen der FRPK seien umfassend und zufriedenstellend beantwortet worden. Die Ergebnisse der Prüfung seien im Prüfungsbericht auf Seiten 17 und 18 festgehalten. Der Gemeindeversammlung werde beantragt, die Jahresrechnung 2019 zu genehmigen.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Alexander Rath**, Sprecher der **Gemeindekommission (GK)**: Die GK habe sich eingehend mit der Rechnung 2019 im Sinne einer politischen Würdigung beschäftigt. Zwar habe die Rechnung im Rahmen der Budgetvorgaben abgeschlossen, doch hätten verschiedene spezielle Effekte dazu geführt. Er wolle auszugsweise kurz einige Punkte nennen, die näher betrachtet und zusammen mit einer Vertretung aus Gemeinderat und Verwaltung besprochen wurden: Im Rahmen der Betriebsrechnung habe die GK insbesondere den Fiskalertrag thematisiert und damit dem Umstand Rechnung getragen, dass der Wegzug einer sehr wohlhabenden natürlichen Person zu einem signifikanten Ertragsausfall geführt habe. In diesem Zusammenhang würden seitens der Verwaltung die Abläufe in Zusammenarbeit mit den kantonalen Steuerbehörden untersucht. Bei der Investitionsrechnung habe man die Sachanlagen und Projekte näher angeschaut, die aus zeitlichen Gründen und/oder aufgrund fehlender Ressourcen nicht umgesetzt werden konnten. Zusammenfassend erscheine der GK folgender Hinweis sehr wichtig, insbesondere mit Blick auf die Zukunft: Die Rechnung 2019 schliesse seit langer Zeit betriebsmässig wieder mit einem negativen Ergebnis, was auf den genannten Steuerausfall zurückzuführen sei. Gleichzeitig stehe die Gemeinde vor grossen Herausforderungen und einem neuen Zyklus mit substantiellen Investitionen, insbesondere im Bereich Bildung, Stichwort Schulraumerweiterung. Die GK empfehle – wie bereits im letzten BiBo publiziert – die vorliegende Rechnung einstimmig zur Genehmigung.

Gemäss entsprechender Anfragen der **Vorsitzenden** ist das **Eintreten** unbestritten, eine **Diskussion** wird nicht gewünscht, weshalb sie zur **Abstimmung** übergeht.

Beschluss:

://: Der Rechnungsabschluss 2019 der Einwohnergemeinde wird einstimmig **genehmigt**.

Ergänzend dazu hält die **Vorsitzende** fest, dass viele Gemeinden, auch diverse Gemeinden im Leimental, in einer ähnlichen Lage seien und – wenn es ans Budget gehe – den Rotstift hervornehmen müssten. Bottmingen sei im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich bereits in Diskussionen darüber, was zur Entlastung der Gebergemeinden unternommen werden könne. Alles Weitere würden die Anwesenden im Dezember von *Gemeinderatsmitglied Sascha Kuhn* erfahren.

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2019

Die **Vorsitzende** erteilt **Peter Marbet, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK)** das Wort. Dieser verliest den **GPK-Bericht 2019**, wobei hierzu auf den publizierten Bericht sowie auf die Präsentation der GPK verwiesen wird.

Die **Vorsitzende** dankt dem GPK-Präsidenten sowie allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und das Engagement. Über den Bericht der GPK werde nicht abgestimmt, dieser werde zur Kenntnis genommen.

4. Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999:

4.1. Optimierung des Einladungsverfahrens für die Gemeindeversammlung

Die **Vorsitzende** erläutert das Traktandum anhand einer Powerpoint-Präsentation. Für die Details dazu wird auf den Einladungstext und die Präsentation verwiesen.

Die **Vorsitzende** erteilt **Balz Stähelin, Sprecher der Gemeindekommission (GK)**, das Wort: Die GK habe bereits in «alter» Zusammensetzung über dieses Traktandum beraten. Im Nachgang an die zwischenzeitliche Gesamterneuerung der GK habe in der GK eine informelle Nachbesprechung dieses Traktandums stattgefunden, wobei man einstimmig zur Ansicht gelangt sei, dass man diesem Antrag des Gemeinderats folgen wolle, zumal gewisse Vorschläge der GK in die Vorlage eingeflossen seien. Dementsprechend werde einstimmig beantragt, diesem Geschäft zuzustimmen.

Gemäss entsprechender Anfrage der **Vorsitzenden** ist das **Eintreten** unbestritten, woraufhin die **Diskussion** eröffnet wird.

Die **Vorsitzende** erteilt **Peter Marbet, CVP Binningen-Bottmingen**, das Wort: Peter Marbet hält die Einladungsunterlagen zur Gemeindeversammlung (GV) in die Luft und hält fest, dass die Anwesenden diese Unterlagen künftig nicht mehr bekämen, ausser wenn sie aktiv würden und gegenüber der Gemeinde deklarieren, dass sie die Unterlagen weiterhin schriftlich wollen, oder sie müssten diese im Internet suchen. Mit gewisser Übung gehe dies, es sei dann aber die Frage, ob sie die Unterlagen auch an die GV mitnähmen. Zur Begründung scheine ihm, dass die Vereinfachung innerhalb der Verwaltung wichtiger sei als das Einsparen von Papier. Zum Zahlenvergleich zwischen den 4'100 Druckexemplaren gegenüber den rund 100 GV-Besuchenden wolle er noch etwas ergänzen: An der letzten Abstimmung habe die Stimmbeteiligung über 50 % betragen, was heisse, dass sich mehr als 50 % der StimmbürgerInnen dafür interessierten, was in der Gemeinde gehe, da sie an der Abstimmung teilnahmen. Und alles, was sie an Abstimmungsunterlagen im Hinblick auf die Abstimmung erhalten, das werde gelesen und lande anschliessend im Papierkorb. Er meine, dass das Element der Reklame für die direkte Demokratie beibehalten werden sollte, da Zuziehende ansonsten nicht merkten, was da abgehe. Dieser Punkt werde gerne übersehen. Jede Woche erhalte man von Coop und Migros eine gedruckte Zeitung ins Haus, obwohl man dies alles im Internet nachschauen könne. Offenbar habe eine gedruckte Zeitung einen Werbeeffect, und für diesen Werbeeffect wolle er eintreten, weshalb er die Anwesenden bitte, diese Reglementsänderung abzulehnen.

Die **Vorsitzende** erteilt **Hanspeter Weibel, SVP Bottmingen**, das Wort: Als Vorbemerkung erwähnt er, dass an dieser ersten GV in diesem Jahr erstmals zwei neue Gemeinderatsmitglieder, Sascha Kuhn und Christian Caderas, am Gemeinderatstisch sitzen, was durch die «Maskierung» möglicherweise unbemerkt geblieben sein könnte.

Zum Demokratieanliegen: Die SVP habe sich das auch überlegt, die Frage des Papiers und wie dies gehandhabt werde. Wer von den Anwesenden den Abfallkalender kenne, der wisse, dass man sich auf der Gemeindefseite an Termine erinnern lassen könne, wann Metallabfuhr sei oder wann das Grüngut abgeholt werde etc., wobei man schön und regelmässig ein Erinnerungse-Mail der Gemeinde erhalte. P. Marbet habe zu Recht auf Coop und Migros hingewiesen, doch bekämen alle Haushalte auch jede Woche den Birsigtalboten, den amtlichen Anzeiger, wo alles drinstehe und man alles nachlesen könne. Dort erhalte man auch die Hinweise, worüber und wann eine GV stattfinde.

Zum Thema Neuzuzüger sei vorgesehen, dass diese anlässlich ihres Zuzuges auf ihre Wahlmöglichkeiten aufmerksam gemacht würden und dort die Möglichkeit erhalten, die gewünschte Zustellungsvariante zu wählen. Selbst wenn jemand die Einladung nicht gesehen oder ausgedruckt habe, habe er festgestellt, dass an der GV selber die Unterlagen auflägen, so dass diese nicht einmal ausgedruckt werden müssten. Er mache sich keine Illusion über die «riesige Kosteneinsparung», die man allenfalls erziele, wenn weniger Papier gedruckt werden müsse. Der Gemeinderat habe zu dieser Thematik einen Vorschlag gemacht; gleichzeitig habe er Hinweise für eine Übergangsfrist übernommen, weshalb er empfehle, diesem Antrag zuzustimmen. Er glaube nicht, dass die Demokratie darunter leiden werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen begehrt werden, schreitet die Vorsitzende zur **Abstimmung** über dieses Geschäft:

Beschluss:

://: Den beantragten Änderungen in § 2 und § 28 des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999 wird mit 6 Gegenstimmen zugestimmt.

4. Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999: 4.2. Anpassung der beratenden Kommissionen; Aufhebung der Natur- und Umweltschutzkommission in der ursprünglichen Form.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort zur Erläuterung dieses Traktandums an den hierfür neu zuständigen **Gemeinderat Christian Caderas**, Departementsvorsteher Natur und Umwelt, öffentliche Sicherheit: Dieser erläutert das Geschäft anhand einer Powerpoint-Präsentation. Für Details wird auf den Einladungstext und die Präsentation verwiesen.

Die **Vorsitzende** erteilt **Balz Stähelin, Sprecher der Gemeindekommission (GK)** das Wort: Dieser teilt mit, dass nach einer anfänglich kontroversen Diskussion in der GK, dies vor dem Hintergrund, dass die Abschaffung der Natur- und Umweltschutzkommission (NUSK) ein schlechtes Signal aussende, die GK die Auffassung vertrete, dass die NUSK gemäss Antrag des Gemeinderats (GR) und der NUSK selber abgeschafft werden solle, insbesondere auch deshalb, weil zu diesen Themen Strukturen geschaffen werden sollen, die viel dienlicher seien. Dementsprechend empfehle die GK mit 10 gegen 2 Stimmen die Abschaffung der NUSK.

Auf entsprechende Anfragen der **Vorsitzenden** zum **Eintreten** ergreift **Hansulrich Schudel, SP Bottmingen**, das Wort: Im Namen der SP Bottmingen beantrage er ein *Nichteintreten auf dieses Geschäft*, was er zuerst mit einem Hinweis auf die veränderte Ausgangslage begründen wolle. Dieses Geschäft sei im Jahr 2017 in der alten NUSK entstanden und vom alten GR und der alten GK behandelt worden. Der heutige Antrag sei somit in der Vergangenheit begründet. Im Sommer habe eine neue Legislaturperiode begonnen, dies mit einer neu zusammengesetzten GK und einem neuen, verjüngten GR. Man erlebe aktuell nicht nur wegen der Corona-Krise bewegte Zeiten. Viele Menschen in Bottmingen und in der Welt seien durch die Klimaveränderungen verunsichert. Vor diesem Hintergrund stehe der heutige Antrag auf Aufhebung der NUSK «völlig quer in der Landschaft». An alte falsche Anträge sei die GV nicht gebunden. Es gebe gute Gründe für die Beibehaltung der NUSK oder allenfalls einer umgestalteten Natur-, Umwelt- und Klimakommission.

Auf 7 Punkte wolle er kurz eingehen: Erstens stünden heute Fragen zur Natur, zur Umwelt, zum Klima oder zur Klimakrise sowie zum häushälterischen Ressourcenverbrauch bei einem sehr grossen Teil der Bevölkerung im Vordergrund, was alle Ergebnisse der letzten Wahlen zeigten. Vor diesem Hintergrund wäre es völlig unverständlich und falsch, die NUSK abzuschaffen. Dies gelte zweitens umso mehr, als dass seit dem Sommer vom GR neue Impulse zu diesen Themen ausgehen, was ausdrücklich begrüsst und verdankt werde und wobei der GR gerne unterstützt werde. Drittens werde vor dem Hintergrund der Ausarbeitung einer längerfristigen ganzheitlichen Umweltstrategie durch den GR eine verwaltungsunabhängige Begleitkommission mit unabhängigem Aussenblick benötigt.

Viertens sei eine feste Fachkommission zum Thema Umwelt, Natur und Klima nötig und nützlich, und könne sowohl dem GR als auch der Verwaltung als kritisch unterstützendes Gremium dienen. Sie sichere den politischen Prozess breiter ab und mache diesen schneller.

An dieser Stelle interveniert die **Vorsitzende** mit dem Hinweis, dass es *lediglich um die Frage des Eintretens* gehe, der Sprecher aber bereits viele Gründe für die Beibehaltung dieser Kommission aufzähle, was zur inhaltlichen Diskussion dieses Geschäfts gehöre. Es soll zunächst darüber diskutiert werden, ob die Gemeindeversammlung überhaupt über dieses Geschäft diskutieren wolle. Da ein *Nichteintretensantrag* gestellt wurde, fragt sie, ob sich noch jemand zur Eintretensfrage äussern wolle, was nicht der Fall ist. Falls Nichteintreten beschlossen werde, bleibe alles beim Alten und die NUSK werde nicht aufgelöst; falls Eintreten beschlossen werde, werde die inhaltliche Diskussion zum GR-Antrag weitergeführt und über diesen abgestimmt. In der Folge lässt sie über das Eintreten auf das Geschäft abstimmen. Eintreten «ja» und das Geschäft werde weiter beraten; Eintreten «nein» und alles bleibe beim Alten.

Beschluss über das Eintreten:

://: Der Antrag der SP Bottmingen auf Nichteintreten wird mit 37 Ja-Stimmen und 51 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt in der Folge die **Diskussion** für eröffnet und erteilt **Hansulrich Schudel, SP Bottmingen**, erneut das Wort. Er habe vorhin damit aufgehört, dass eine feste Fachkommission zum Thema Umwelt, Natur und Klima nötig und nützlich sei, dem GR und der Verwaltung als kritisch unterstützendes Gremium dienen könne, den politischen Prozess breiter absichere und diesen schneller machen könne. Gerade in Klima- und Umweltfragen müsse es jetzt rasch vorwärtsgehen, das seien wir unseren Kindern und kommenden Generationen schuldig. Fünftens seien kommunale Kommissionen ein wichtiges demokratisches Element: Nur eine Kommission mit Rechten und Pflichten garantiere die so wichtigen «Checks und Balances» zwischen Bevölkerung und Exekutive. Sie stelle als Bindeglied sicher, dass die Verwaltung und auch die neue Fachstelle wie auch der GR sich nicht gegenüber der Bevölkerung abkapseln, sondern sich mit einer gewählten Fachkommission regelmässig austauschen. Sechstens habe es der GR in der Hand, mittels Reglement resp. Pflichtenheft diese Begleitkommission so auszugestalten, dass sie uns allen diene und dass deren Aufgaben auf die neue Strategie der Gemeinde abgestimmt sei. Man vergebe sich mit einer Beibehaltung der NUSK überhaupt nichts. Siebtens schliesslich wäre Bottmingen die einzige Gemeinde im Leimental ohne eine Natur- und Umweltschutzkommission, was aus Sicht der SP Bottmingen nicht sein könne, da dies ein völlig falsches Signal wäre, nicht nur gegenüber der Jugend, sondern auch gegen aussen.

Er bitte die Anwesenden deshalb, dieser Abschaffung keine Mehrheit zu geben, sondern für eine Beibehaltung und Anpassung dieser Kommission zu stimmen.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Andreas Frieden**, Sprecher der **FDP Binningen-Bottmingen**. Vieles wurde gesagt, wobei er sich nicht alles merken konnte, was aber auch nicht nötig sei. Es sei ein sonderbares Demokratieverständnis, wenn man sage, dass es nicht dieselben Leute in der GK und im GR gewesen seien, die die Idee hatten, die NUSK abzuschaffen. Er denke, dass getroffene Kommissionsentscheide auch in der nächsten Legislatur gelten, was in anderen Parlamenten auf anderen Stufen nicht anders sei, weshalb er beliebt machen wolle, die NUSK abzuschaffen. Warum komme man zu diesem Schluss? Die FDP sei nicht gegen Umwelt- und Naturschutz, doch solle dieser effektiv und effizient sein, was mit der NUSK nicht so sei. In den Jahresberichten 2015 bis 2019 der Gemeinde sei jeweils ein kleiner Abschnitt über die NUSK enthalten. Da stehe nicht sehr viel drin: Insgesamt habe es in 4 Jahren 10 Sitzungen gegeben, wobei lediglich der Bring- und Holtag sowie eine Bücherbörse erwähnt wurden. Seines Erachtens habe dies nicht viel mit Umweltschutz zu tun und bringe der Umwelt auch nicht wahnsinnig viel. Wie von Christian Caderas gehört, sei Umweltschutz nicht nur ein lokales Thema, sondern eigentlich eine globale Aufgabe. Dieser habe erklärt, dass die UNO die 17 Entwicklungsziele definiert habe, die weit über den Umweltschutz hinausgehen, wobei es auch um soziale und gesellschaftliche Ziele gehe.

Bottmingen sei eine von zehn Pioniergemeinden, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Hochschulen an diesem Thema arbeite, und die Gemeinde Bottmingen lasse sich auch an diesen 17 Entwicklungszielen messen. Somit räume die Gemeinde Bottmingen dem Natur- und Umweltschutz eine höhere Priorität ein, als dies bisher der Fall war, und hebe diese Themen auf ein neues, höheres, strategisches Niveau. Aus Sicht der FDP sei die NUSK in dem Sinne überflüssig. Wenn selbst die NUSK ihre Abschaffung vorschläge, dann könne man dem getrost zustimmen, da diese es wohl am besten wissen sollte.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Kurt Kamber**, Sprecher der **SP Bottmingen**: Die Gemeindeversammlung (GV) habe Eintreten auf dieses Geschäft beschlossen, was bedeute, dass hier zwar ein Handlungsbedarf gesehen werde, was aber nicht automatisch bedeute, dass man die NUSK abschaffen müsse, weshalb auch eine Neuausrichtung durchaus eine sinnvolle Massnahme sein könne. Die SP Bottmingen stelle fest, dass der GR in seiner neuen Zusammensetzung neue Impulse gebe und wichtige Aufgaben mit professioneller Unterstützung in Angriff nehme oder - wie bspw. die Erarbeitung der Nachhaltigkeits- resp. Energiestrategie aufzeigen - bereits in Angriff genommen habe, wobei diese Initiative sehr begrüsst und unterstützt werde. Welche Rolle spielt die NUSK in diesem Zusammenhang bzw. welche Rolle könne sie übernehmen? Es sei klar, dass die Aufgaben einer solchen Kommission den heutigen Strukturen in der Gemeindeverwaltung angepasst werden müssten, was heute offensichtlich nicht der Fall sei. Von grosser Bedeutung seien in diesem Zusammenhang vor allem zwei Punkte: Einerseits soll die NUSK den Dialog mit der Bevölkerung sicherstellen, was v.a. die Begleitung bei der Planung, aber auch bei der Umsetzung von Massnahmen umfasse, aber auch das Einbringen von Vorschlägen und Wünschen aus der Bevölkerung beinhalte, beides als ganz wichtige Aufgaben einer solchen Kommission. Dieser Aspekt werde auch vom Präsidenten der NUSK (wie den Einladungsunterlagen zu entnehmen sei) hoch gewichtet, soll doch seines Erachtens der Dialog mit der Bevölkerung verstärkt werden, doch gehe er in keiner Art und Weise darauf ein, wie dies erfolgen solle. Andererseits soll sich die NUSK weg von operationellen hin zu beratenden Aufgaben konzentrieren. Interessant sei in diesem Zusammenhang, dass die NUSK bereits heute eine beratende Kommission sei, sie aber gleichzeitig gemäss Pflichtenheft viele operationelle Aufgaben habe wie z.B. Planung und Beratung von Projekten, Erstellung von Budget-Anträgen, Verfassen des Jahresberichts, Bearbeiten von Aufträgen des GR, aber auch Arbeiten wie Unterhalt von Nistkästen, Überwachung der Pflege von Naturschutzgebieten usw. Dass diese Aufgaben allein ein Gremium überfordern oder sogar lähmen können - was die Vergangenheit gezeigt habe - sei durchaus nachvollziehbar.

Der GR habe erkannt und wisse, dass der Dialog mit der Bevölkerung sehr wichtig sei, weshalb er auch die Dialogveranstaltungen durchgeführt habe. Das Einsetzen einer Kommission sei Ausdruck dafür, dass man einen Dialog dauerhaft suche und sicherstelle. Sinn mache dies v.a. bezüglich Themen, die alle EinwohnerInnen betreffen, die sich sehr schnell entwickeln und verändern, und die auch viele Aufgabenbereiche tangieren. Die NUSK habe das Potential, wertvolle Arbeiten und Beiträge zu leisten, nicht nur bezüglich Dialog, sondern auch bezüglich Partizipation, also Einbindung der Bevölkerung in diesen Veränderungsprozessen und in der Umsetzung dieser Massnahmen. Die SP möchte der GV heute Abend nicht beliebt machen, die Kommission zu erhalten, sondern sie bitte sie darum. Wenn heute Abend deren Weiterbestehen beschlossen werde, dann dürfe man davon ausgehen, dass der GR einen Neuanfang einleiten werde, der bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben hilfreich und nützlich sein werde. Aus diesem Grund bitte die SP, den vorliegenden Antrag auf Aufhebung der NUSK abzulehnen.

Die **Vorsitzende** bittet künftige RednerInnen darum, sich etwas kürzer zu halten, und erteilt das Wort an **Tony Mathis**, Mitglied der **NUSK**: Er sei seit 8 Jahren in der NUSK, sei dort Vizepräsident, und eigentlicher Initiant für die Abschaffung der NUSK. Die Darstellung des GR in der Einladung sei «völlig daneben», ging «neben dem Thema durch» und entspräche überhaupt nicht dem Antrag der NUSK. Bei der Umweltpolitik der Gemeinde gehe es nicht darum, auf die UNO, die schweizerische oder regionale Umweltpolitik zu schauen, sondern ganz einfach darum, bei Entscheidungen nicht nur finanzielle Aspekte, sondern auch Natur und Umwelt zu berücksichtigen.

Zu den Gründen für die Auflösung: Man habe in der NUSK sehr viele Themen diskutiert, die von der damals für Natur- und Umwelthemen zuständige Verwaltungsperson sehr gut vorbereitet wurden.

In der Folge habe man dem GR Anträge gestellt, die vielfach negativ behandelt worden seien: So bezwecke bspw. die Abfallsackgebühr, Abfall zu verhindern, was sie in den letzten Jahren auch sehr gut erfüllt habe. Dennoch habe der GR - trotz ablehnender Haltung der NUSK - Gebührensenkungen vorgenommen und diese schliesslich mit den Gratisvignetten faktisch abgeschafft. Die von der NUSK ausgearbeiteten und vom GR genehmigten Beschaffungsrichtlinien sähen bei Fahrzeugbeschaffungen vor, dass ein alternativer Antrieb evaluiert werden solle, was bis anhin trotz Intervention der NUSK nicht gemacht worden sei. Weiter habe die NUSK vom GR gefordert, Photovoltaikanlagen auf Gemeindeligenschaften in Betracht zu ziehen. Hierfür habe die NUSK eine Machbarkeitsstudie der Fa. Solvatec erarbeiten lassen, die Ende 2016 vorgelegt wurde und ein Potential von 310'000 kWh ausgewiesen habe. In der Folge wurde dem GR beantragt, hierzu etwas zu unternehmen. Mehrfache Nachfragen seien mit fadenscheinigen Argumenten abgewimmelt worden. Man werfe der NUSK mangelnde Fachkompetenz und Professionalität vor, was seines Erachtens andernorts anzusiedeln sei. Der GR, aber auch die Bottminger Bevölkerung seien gegenüber Natur- und Umweltschutzthemen negativ eingestellt, was einer Tatsache entspreche und man so deshalb auch nichts machen könne. Man spreche lieber einen Planungskredit, anstatt effektive Taten umzusetzen. Die Mitglieder der NUSK seien resigniert gewesen, weshalb dieser Antrag auch zustande gekommen sei. Im Weiteren übernehme die Umweltschutzbeauftragte der Gemeinde den grössten Teil der Arbeiten aus dem Aufgabenbereich der NUSK, weshalb so nur abgenickt werden könne, was sie bereits gemacht habe. Ein Planungskredit für Nachhaltigkeitsstudien generiere einfach wieder nur Papier, wie man dies bei der Werkhof-, der Ortskern- und ganz besonders bei der Zentrumsplanung sehe. Dringend benötigt würden mutige GR-Entscheide unter Miteinbezug von Natur und Umwelt. Man könne die NUSK abschaffen oder bestehen lassen – es werde sich absolut nichts ändern.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Viktor Krummenacher**: Er begrüsse die Ziele und Vorgehensweise des GR, worüber er sehr beeindruckt sei. Wenn er T. Mathis richtig verstanden habe, habe er vom alten, nicht vom jetzigen GR gesprochen. Für ihn sei klar, dass man mit einer Abschaffung der NUSK einen Teil der Demokratie abschaffe, weshalb er für deren Beibehaltung eintreten wolle. Trotz der guten Vorschläge und Vorstösse des GR brauche es eine Kommission und wenn es diese nicht brauche, dann sei diese immer noch da und unterstütze den GR in seinem Vorgehen. Er sehe deshalb kein wichtiges Argument, um dieses wichtige demokratische Element zu verändern, weshalb diese Kommission beibehalten werden soll, zumal auch die Bevölkerung ein grosses Potential in diesen Fragen habe, das genutzt werden solle.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Lukas Keller**: Er danke T. Mathis für seinen Vortrag. Er und alle hätten dieses Thema anders gehört, als es heute präsentiert worden sei. Aus der Einladung gehe hervor, dass es keine NUSK brauche, weil die Fachkompetenz in der Verwaltung vorhanden sei. Er selber sitze im Bauausschuss, und man habe gute Leute in der Bauverwaltung, doch käme deswegen niemand auf die Idee, den Bauausschuss aufzulösen. Es sei genau das wichtige Gremium – wie gesagt wurde – die Verbindung zwischen Bevölkerung und GR. Natur- und Umweltschutz hätten sich entwickelt, die NUSK habe ein 30- oder 40-jähriges Pflichtenheft. Als Bub habe er noch die Deponie Schönenberg (man habe von der Brennstelle gesprochen) erlebt, wo «aller Grümpel» verbrannt wurde, was damals richtig war und einen Fortschritt dargestellt habe, da vorher alles in den Wald geworfen worden sei. Dies sei heute nicht mehr zeitgemäss. Die NUSK brauche einen neuen Auftrag und neue Kompetenzen und müsse dann weitergeführt werden.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Urs Tester**: Er habe noch nie so unterschiedliche Argumente für dasselbe, nämlich für die Abschaffung der NUSK gehört. Laut FDP brauche es diese nicht, da sie nichts gemacht habe. Vielleicht habe auch die Gemeinde in dem Bereich in letzter Zeit nicht gerade mit Aktivitäten gegläntzt. Von der NUSK habe man gehört, dass es sie nicht mehr brauche, weil sie sich engagiert habe, gute Vorschläge gemacht habe, diese aber nicht umgesetzt worden seien. Vom GR habe man gehört, dass es sie nicht mehr brauche, da ja alles bestens sei, da man in der Verwaltung eine Fachperson dazu habe und man sich an die Ausarbeitung einer Energiestrategie und sogar einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie gemacht habe.

Er wolle dies umgekehrt anschauen: Für welche Aufgaben brauche man eigentlich eine NUSK? Nehme man alle diese Argumente zusammen, dann bräuchte man gar keine Kommissionen mehr. Es brauche solche Kommissionen aber für wichtige Aufgaben in einer Gemeinde.



Deshalb habe man bspw. eine Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und einen Bauausschuss. Natur- und Umwelt bzw. Biodiversität sowie Energie und Klima seien zweifellos sehr wichtige Aufgaben, die eine Gemeinde zu erfüllen habe. Es brauche aber auch Kommissionen, damit die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt würden, deshalb habe man eine Turn- und Spielplatzkommission sowie eine Bibliothekskommission. Wenn der GR jetzt das Thema Energie anpacke, dann gehe er davon aus, dass er in einem ersten Schritt Ziele festlege, was er im Energiebereich erreichen wolle, und dann nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit (Dreieck Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft) diejenigen Massnahmen auswähle, die das beste Kosten-/Nutzenverhältnis und gleichzeitig die beste Akzeptanz in der Bevölkerung aufweisen. Genau für einen solchen Prozess brauche es eine NUSK auch in Zukunft, weshalb gegen deren Abschaffung gestimmt werden solle.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Balz Stähelin, Präsident der Gemeindekommission:** Er müsse in seiner Funktion richtigstellen, dass dieser Antrag tatsächlich in den ersten Sitzungen im Winter 2019 behandelt worden sei. Durch die Sitzungsverschiebungen aufgrund der Coronakrise sei dieses Geschäft in eine andere Legislatur hineingefallen. Aufgrund entsprechender Rechtsmittelbelehrungen habe man erfahren, dass es durchaus möglich sei, dies noch einmal zu diskutieren, weshalb man dieses Geschäft in der GK noch einmal zur Diskussion gestellt habe, wobei die in der alten Legislatur getroffenen Entscheide auch von den neuen Mitgliedern der GK so mitgetragen würden. Es sei deshalb so nicht richtig, dass irgendetwas «vererbt» worden sei und nicht im Sinne der GK weitergezogen werde. Die GK habe mit 10 zu 2 Stimmen dem Antrag des GR zugestimmt.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Hanspeter Weibel, SVP Bottmingen:** Er sei froh und dankbar für die Präzisierung von B. Stähelin. Dies sei tatsächlich ein Geschäft sowohl des neuen GR als auch von der neuen GK bestätigt, weshalb es gut wäre, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Er sei seit 16 Jahren in der GK und er habe noch nie so viel über die NUSK gehört wie heute Abend. In den letzten 16 Jahren war die NUSK nur dann Thema, wenn es darum gegangen sei, Mitglieder für diese zu finden, ansonsten die NUSK in der Tat nicht wahrgenommen worden sei. Er weise darauf hin, dass eine solche Kommission nicht überschätzt werden sollte. Deren Möglichkeiten seien beschränkt, gebe diese doch lediglich Empfehlungen ab und könne selber nichts entscheiden. Am Schluss entscheide die GV.

Er sei immer sehr kritisch gegenüber GR und Verwaltung eingestellt gewesen, was die längerjährigen Anwesenden wüssten. Aber was in den letzten Jahren an Kompetenzen in der Verwaltung in diesem Bereich aufgebaut worden seien, sei letztlich schon auch zu würdigen und wahrzunehmen. Und man habe gehört, dass der GR bald zu jedem Geschäft die Parteien zu Vernehmlassungen einlade, also könne man mitreden. Wer behaupte, er könne ein Anliegen in der Gemeinde nicht einbringen, der habe dies noch nie richtig probiert. Das heisse nicht, dass man auf die Gemeinde gehen und einfach wünschen könne, so funktioniere Demokratie nicht, aber man könne sein Anliegen deponieren und sogar einen Antrag an die GV stellen, diese Möglichkeiten hätten alle. Wer davon spreche, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu intensivieren, der habe die tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten weder wahrgenommen noch sehe er diese. Es bestünden nun zwei Blickrichtungen, vergangenheitsbezogen (was habe die NUSK bisher gemacht) und zukunftsgerichtet, wozu man gehört habe, dass wir einen GR und eine Verwaltung haben, die in diesem Bereich Kompetenz darlege und kompetent und willens seien, damit alle eine Mitsprachemöglichkeit haben. Man könne die NUSK auch beibehalten, doch werde in ein paar Jahren jemand aus der Kommission kommen und sich wieder beschweren. Die Anwesenden der GV bestimmen, die Kommission könne nur empfehlen.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Robin Keller:** Umweltschutz fange im Kleinen an, dort wo sie auf ihr Fahrrad sitze anstatt das Auto zu nehmen. Auf politischer Ebene fange Umweltschutz im Kleinen auf Gemeindeebene an. Sie verstehe den Frust, dass Bring- und Holtag sowie die Bachputzete nicht aktuellen Umweltschutz darstellen, doch heisse das für sie nur, dass diese Kommission neue Kompetenzen brauche. Man brauche diese Kommission für eine unabhängige Kontrolle im Umweltschutz. Es sei schön, wenn der GR dies als Ziel habe, aber der GR habe ganz viele Ziele und eine solche Umweltschutzkommission habe nur den Umweltschutz als Ziel und halte dort «den Finger drauf», was wichtig sei, gehe es doch um die Zukunft unserer Umwelt und unserer Kinder.

Es liege nun an der GV zu entscheiden, dass diese Kommission beibehalten werden könne, damit Umweltthemen nicht immer in den Hintergrund geschoben würden, sei dieses Thema doch aktuell und werde immer aktueller.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Levi Keller**: Er sei das erste Mal hier und höre auch das erste Mal von dieser Kommission. Er habe das Gefühl, wenn man immer viel für Natur und Umwelt mache, es immer in Richtung Klimaschutz gehe, doch gebe es auch noch andere Formen von Umweltschutz, bezüglich Biodiversität und Verschmutzung der Umwelt. Er habe das Gefühl, dass mit einer solchen Kommission in der Gemeinde etwas empfohlen werden könne, das genau auf die Gemeinde passe. Man müsse nicht in Bottmingen das Weltklima retten, was wahrscheinlich nicht klappen werde, aber man könne probieren, Bottmingen sauber zu halten.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Rainer Knaack**: Das Kommissionswesen in einer Gemeinde sei letztlich Mitbestimmung und Gestaltungswille der Bevölkerung in der Politik. H.P. Weibel sage dies richtig: Wer sich wirklich engagieren will, der habe jetzt schon tausend Möglichkeiten. Aber wenn die Gemeinde Gefässe in Form einer bestehenden Kommission bereitstelle, die es den Einzelnen erleichtere, schneller einzusteigen, dann sei dies eine Massnahme, um die Bevölkerung zu aktivieren. Als ehem. Mitglied der NUSK aus einer Zeit, in der noch primär über den Bring- und Holtag debattiert wurde, müsse er T. Mathis beipflichten, dass er dessen Frustration verstehe, wenn die NUSK mit spannenden Themen «ins Leere gelaufen sei». Er sei ebenfalls frustriert gewesen, da in der NUSK primär über Bachputzete und Bring- und Holtag diskutiert wurde und dabei vor allem organisatorische Themen zu klären waren, weshalb er aus der NUSK ausgetreten sei. Er habe mit riesen Begeisterung von der (von C. Caderas vorgestellten) neuen Verwaltungsinitiative gelesen. Zugegebenerweise weise die UNO-Charta eine etwas hohe Flughöhe auf, aber grundsätzlich seien dies die Themen. Zwar werde man in Bottmingen nicht das Weltklima retten, aber wenn jede Gemeinde dies für sich sage, dann habe man ein Problem. Man müsse irgendwo anfangen, um auf dem richtigen Weg zu sein, doch komme man nicht auf den richtigen Weg, wenn man die NUSK abschaffe, weshalb diese beibehalten werden solle. Mit dem neuen Knowhow in der Verwaltung und dem Willen im GR brauche es auch die Bürgerbeteiligung in dieser neuen Kommission. Er sage «neue» Kommission, weil er glaube, dass da ein paar Punkte neu geklärt werden müssten. Dementsprechend solle diese Kommission unbedingt beibehalten werden.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Guido Belser**: Dass man heute in der Lage sei, man so viel erreicht habe, sei nicht der Verdienst der Gemeinden und der Regierung, sondern jener der Privaten, die alles machten. Als er vor 37 Jahren mit Sonnenenergie gebaut habe, habe es geheißen, er sei ein «Spinner». Es brauche die Privaten und die gemeinsame Kommunikation, sonst gehe nichts.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Emma Keller**: Sie wolle zwei Punkte hinzufügen, warum die Umweltschutzkommission beibehalten werden solle: Sie komme aus der Elektrobranche, wo es ebenfalls wichtig sei, dass man externe und unabhängige Kontrollorgane habe. Es sei sehr gut, wenn man sich grosse Ziele betr. Umwelt und Umweltschutz setze, doch behalte eine solche Kommission den gesamtheitlichen Überblick und könne neben spezifischer Umwelt- und Umweltschutzthemen auch auf «Vergessenes» hinweisen, weshalb sie für die Beibehaltung der NUSK eintrete.

Da keine weiteren Wortmeldungen begehrt werden, schreitet die Vorsitzende zur **Abstimmung** über dieses Geschäft:

Beschluss:

://: Die beantragte Änderung in § 13 des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 31. März 1999 (sc. Abschaffung der Natur- und Umweltschutzkommission) wird mit 27 Ja-Stimmen zu 56 Nein-Stimmen abgelehnt.



5. Versorgungsregion Betreuung, Pflege, Alter Leimental: Genehmigung des Vertrags zur Schaffung einer gemeinsamen Versorgungsregion für die Betreuung, die Pflege und das Alter in der Region Leimental (Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Therwil)

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort zur Erläuterung dieses Traktandums an den hierfür zuständigen **Gemeinderat Philipp Bollinger, Departementsvorsteher Soziales und Gesundheit**: Dieser erläutert das Geschäft anhand einer Powerpoint-Präsentation. Für Details wird auf den Einladungstext und die Präsentation verwiesen.

Die **Vorsitzende** erteilt **Hanspeter Weibel**, Sprecher der **Gemeindekommission (GK)**, das Wort: Da die eigentliche GK-Sprecherin coronabedingt in Quarantäne weile, habe er die Vertretung dieses Geschäfts übernommen und werde sich kurzfassen: Man habe einleitend bereits die Aufforderung erhalten, was zu tun sei: Die GV sei aufgefordert, dem zuzustimmen, unter Androhung, wenn nicht zugestimmt werde, dann jemand anderes darüber bestimme – so viel zum demokratischen Prozess. Diese Vorlage habe die GK geprüft und sich dabei insbesondere auf drei Punkte fokussiert: Wie erfolgt die Wahl der Gemeindedelegierten, welche Finanzkompetenzen haben die Gemeindedelegierten und insbesondere auch die Zuständigkeit für Vertragsänderungen. Auf sämtliche Fragestellungen habe man vom GR umfassend und nachvollziehbare Antworten erhalten, weshalb die GK zum Ergebnis gelangt sei, dass dieser Vorlage zugestimmt werden könne und dürfe, was empfohlen werde.

Gemäss entsprechender Anfrage der **Vorsitzenden** ist das **Eintreten** unbestritten, woraufhin die **Diskussion** eröffnet wird.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Viktor Krummenacher**: Es möge seltsam anmuten, wenn etwas gesagt werde, zu dem man nichts zu sagen habe. Ein guter Bekannter von ihm habe mehrjährige Erfahrungen mit der Spitex, nicht nur Gute, sondern auch Schlechte, v.a. dort wo Personen geschickt wurden, welche die Arbeiten, welche dessen Eltern benötigten, nicht erfüllen konnten. Er wolle wissen, wie die Ausstiegsklausel aus diesem Vertrag aussehe, wenn eines Tages festgestellt werde, dass die Leistungen nicht genügend erbracht würden. **Ph. Bollinger** weist auf zwei Ebenen hin: Einerseits würden Leistungsvereinbarungen mit sehr vielen verschiedenen Anbietern (Spitex-Organisationen, Alters- und Pflegeheimen etc.) abgeschlossen. Unzufriedenheit über einen solchen Anbieter könne nicht dazu führen, dass der Gesamtvertrag aufgelöst würde, sondern man müsste dann den Kontrollmechanismus im Rahmen der Leistungsvereinbarung anwenden und schauen, ob die Ziele klar definiert sind und die Zielerreichung auch kontrolliert werde, wobei man im extremsten Fall zum Schluss kommen könnte, mit dieser Institution künftig keine Leistungsvereinbarung mehr abzuschliessen, wenn diese die Vorgaben nicht erfülle.

Da keine weiteren Wortmeldungen begehrt werden, schreitet die Vorsitzende zur **Abstimmung** über dieses Geschäft:

Beschluss:

://: Dem Vertrag über die Versorgungsregion Betreuung, Pflege und Alter Leimental wird grossmehrheitlich zugestimmt.

6. Diverses

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Herrn Hänni**: An den sehr effizienten und gut geführten Dialoggesprächen der Gemeinde sei es vor allem um einen Begegnungsbereich in der Gemeinde Bottmingen gegangen. Im Moment bestünden Begegnungsbereiche für Autos beim Kreisel und auf den Parkplätzen. In den Dialoggesprächen habe sich eine Gruppe für einen neuen Begegnungsbereich im **Park des Weiher Schlosses** stark gemacht. Nun seien dort Bauarbeiten im Gang, wobei er im BiBo hierüber keine Meldung gesehen habe. Bei der Baustelle selber habe er eine kleine Notiz gesehen, aus der er vorlesen wolle: *Es solle eine barocke Neugestaltung des Parks geben nach einem Gartenplan unter Berücksichtigung der heutigen Nutzungen und der Situation hier in Bottmingen.* Seine Frage an den GR: Gab es dazu einen Dialog oder eine Kommunikation zwischen Kanton als Eigentümer des Weiher Schlosses und der Gemeinde, zumal auf die Berücksichtigung der heutigen Situation und Nutzung verwiesen werde? Bisher war der Park von einer Mauer und von Toren umschlossen und man habe den Eindruck, dieser Park gehöre den Gästen des Weiher Schlosses, die dort konsumieren, obwohl dieses Areal mitten in Bottmingen liege. Dies wäre eine Gelegenheit, damit auch Bottminger ein bisschen eine Öffnung dieses Areals erhielten.

Die **Vorsitzende** beantworte diese Frage wie folgt: Der GR sei zwei Wochen vor Baubeginn zu einer kurzen Information des Kantons eingeladen worden, wobei das Vorhaben aufgezeigt, die diesbezüglichen Recherchen vermittelt, sowie der Wille kommuniziert worden sei, dass es doch schön wäre, wenn man eine barocke Gartengestaltung neu umsetzen könnte. Dazu gab es einen Plan aus dem Jahr 2010, wonach zunächst der hintere Teil (zum Gartenbad hin) angepasst und zu einem späteren Zeitpunkt auch der Ostteil des Gartens erneuert werden sollten, woran aktuell gearbeitet werde. Offenbar war angedacht, dass wir «in Begeisterungstürme ausbrechen würden». Allerdings soll die bestehende Mauer nach Osten hin auf die höchste bestehende Höhe aufgestockt werden, weshalb der Kanton erfahren musste, dass die Gemeinde nicht davon begeistert sei. Man habe vom Mibo-Platz aus versucht aufzuzeigen, dass dies gerade nicht das sei, was man wolle. Man habe auch gebeten, dass der Kanton im BiBo über sein Vorhaben informiere, was aber nicht geschehen sei.

In der Folge habe der GR dem Regierungsrat einen Brief geschrieben und um ein Gespräch gebeten, was bisher nicht stattgefunden habe. Man probiere es nun noch auf der operativen Ebene. Schliesslich habe die Gemeinde eine *Einsprache gegen das Baugesuch um die Mauererhöhung* eingereicht. Man versuche nun, in einen Dialog zu kommen, aber wie man sehe, seien die Bagger schon dort. Es würden Beete geplant, die ihr persönlich nicht so gefielen; zudem werde eine Allee mit Lindenbäumen realisiert, die dann kastenförmig geschnitten würden, wie dies anno domini in diesen Parks üblich gewesen sei. Auch die Denkmalpflege sei mit involviert und habe wohl gute Absichten, doch dass dieses Schloss mitten in Bottmingen stehe und zudem das Wappen von Bottmingen mit dem Weiher Schloss zusammenhänge, hätten sie nicht gewusst. Den Bauausführenden sei nicht bewusst, dass die BottmingerInnen eine ganz besondere Beziehung zu Schloss und Park hätten. Man versuche nun, in Kontakt zu kommen, doch habe man bis auf die Einsprache gegen die Mauererhöhung keine allzu starken Einflussmöglichkeiten, was ein wenig frustrierend sei. Man wolle in Dialog mit dem Kanton kommen, diesen jedoch nicht über die Medien austragen.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Viktor Krummenacher**: Ihm scheine, dass es ad hoc gut wäre, wenn die GV hier zu dieser Thematik Stellung beziehen würde, man bspw. das Erstaunen über das Vorgehen äussere und die Erwartung einer Kontaktaufnahme mit dem GR erwarte, dass die neue Umweltschutzkommission involviert werde (allgemeiner Lacher), dass die Bevölkerung informiert werde und dass die GV ein Mitspracherecht gegenüber diesem Vorgehen erwarte. Dementsprechend soll eine Konsultativabstimmung durchgeführt werden.

Die **Vorsitzende** verweist darauf, dass gegenüber dem Kanton die Voten aus den Dialogveranstaltungen mitgeteilt wurden und man dazu eine *Konsultativabstimmung* durchführen könne, um herauszufinden, wie die GV zu diesem Vorhaben stehe.

Auf die Frage, wer es als wichtig erachte, dass die Bottminger Bevölkerung miteinbezogen werde in die Entwicklungen, die im Schlosspark geschehen, solle dies mit Handaufheben bezeugen, woraufhin die überwiegende Mehrheit für eine solche Aussage votiert.

Die **Vorsitzende** dankt für das Kommen der Teilnehmenden, für die engagierte Diskussion, für das Einhalten der Corona-Massnahmen auch nach der Versammlung, wo nicht mehr als 15 Leute beieinanderstehen sollten, für die Abgabe des Contact-Tracing-Formulars beim Ausgang sowie für die Mitarbeit der Abwarte und der Verwaltung. Die nächste GV finde voraussichtlich am 15.12.2020 statt. Schliesslich wünscht die Vorsitzende allen eine gute Gesundheit und schliesst die Versammlung.

Schluss der Versammlung (Traktanden): 22.10 Uhr

Anwesend: 91 Personen (inkl. Gemeinderat)

Die Gemeindepräsidentin:



Melanie Krapp-Boeglin

Der Gemeindeverwalter:



Martin R. Duthaler

Bottmingen, 22.12.2020